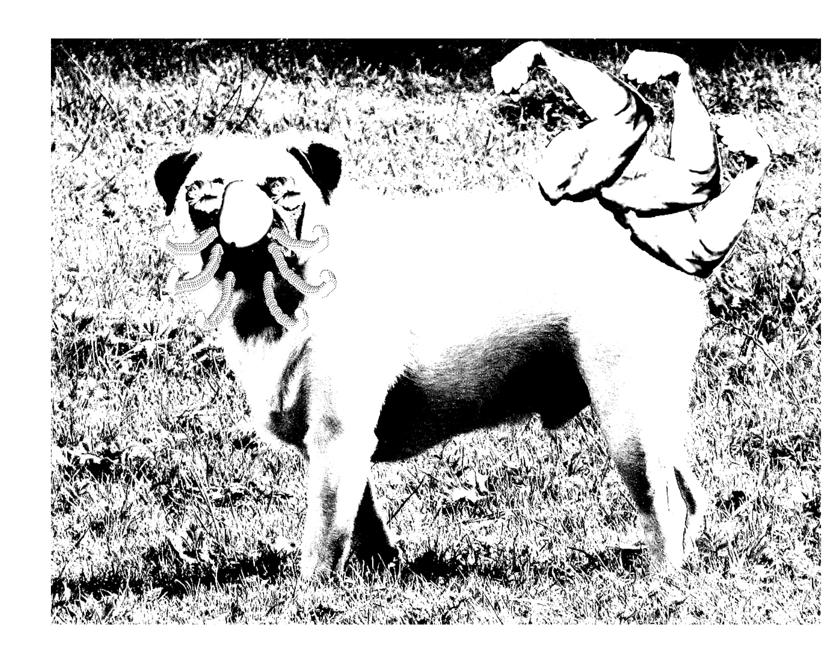
DAS GROSSE THIER

Loseblattsammlung | Blatt Nr. 12 | 2017 | nicht im Abo



so steht es geschireben

Liebe Mitungeheuer,

Das sechste Jahr des Grossen Thieres. Die Katastrophe geht weiter. Es kann wirklich nicht gesagt werden, dass man viel dagegen ausgerichtet hätte. Das gilt für uns und für eine ganze Reihe anderer Leute. Aber für wen? Und was präzise heisst etwas ausrichten? Betrachten wir diese Fragen genauer.
Betrachten wir stattdessen folgenden Umstand. Nehmen wir an, es gäbe zwei Parteien, die wir A und B nennen wollen. Beide zeigen sich zutiefst beunruhigt über den Fortgang der Katastrophe. Partei A fordert uns auf, eine bestimmbare Menge Fuck auf ihre glatt durchgerechneten Studententheorien zu geben, in denen sie ihren Verstand betäuben, und zeigt zur Begründung höhnisch auf die abschreckende Pseudopraxis der Partei B. Partei B wiederum lädt uns ein, uns ihrer neuesten sinnlosen Kampagne oder sonstigem Spektakel anzuschliessen, die sie gerade im Angebot haben, und verweist zur Begründung darauf, anderenfalls lande man in der Sackgasse der krassesten Pseudotheorie, zu deren Bezeichnung gar nichts anderes nötig ist als der blosse Name der Partei A.
Zu welchen der folgenden Annahmen wären wir in einem solchen Falle berechtigt: 1. Beide Haufen sind von der selben Substanz. 2. Beide Parteien setzen sich wechselseitig voraus und erzeugen sich ebenso wechselseitig neu. 3. Beide Parteien sind in genau demselben Masse objektiv notwendig, also legitim, in welchem sie selbst am Fortgang der Katastrophe parasitieren, also illegitim sind. 4. Beide Parteien haben viele Namen und Gestalten, unter denen sie nur dann erkannt werden können, wenn man von den jeweiligen Spezialnarrheiten absieht, durch die sie sich selbst bezeichnen; d.h. es ist gerade nicht an ihren Spezialnarrheiten selbst entscheidbar, dass sie zu einer dieser Parteien gehören. 5. Es ist also auch nicht an den eigenen Spezialnarrheiten entscheidbar, dass man nicht selbst zu einer dieser Parteien gehört. Welches davon trifft zu? Schreiben Sie die Antwort auf ein Stück Papier, vergraben es bei Neumond an einer Weggabelung und gewinnen Sie tolle Preise!

Dies alles scheint darauf hinzuweisen, dass es eine wirkliche Bewegung, die den gegenwärtigen Zustand aufhebt, nicht geben kann, nicht gibt, und/oder alle anderen nicht zu dieser gehören. Der Hauptmangel eines solchen Schlusses liegt darin, dass jede Partei mindestens eines von den dreien unterschreibt, er uns also zurückführt genau in dieses Dilemma, dessen Zeichen er trägt. Ein Ausweg aus diesem Dilemma wäre nur dann gegeben, wenn gesagt werden könnte: 1. The Plague on Both your Houses. 2. Es können sich auch zwei irren, die sich vollkommen widersprechen, aber nur, wenn beide von etwas gemeinsam nicht sprechen. 3. Ein Ausweg aus diesem Dilemma wäre nur dann gegeben, wenn gesagt werden könnte: 1. etc. Wir befinden uns also in einer Endlosschleife.
Welches aber ist das, worüber alle diese gemeinschaftlich nicht reden? Und aus dessen Abwesenheit sich die Endlosschleife erst ergibt, von der wir sprechen? Woher wissen wir überhaupt, dass solches existiert? Ist das nicht schon dadurch bewiesen, dass alles, was von diesem nicht redet, ganz offenkundig leeres, unsinniges und eilfertiges Geschwätz ist? Nein. Genauso gut könnte es auch sein, dass wir alle verloren sind. Ab hier ist es dann auch schon egal. Unter diesem Aspekt sieht alles anders aus. Die bestehende linke Szene von der Interventionistischen Linken zur Bahamas, von der Lunte bis zur Translib ist dann nicht eine Ansammlung von Versuchen, die nur nicht ausreichen, sondern von Hindernissen. Alles, was es heute wert ist, gesagt oder getan zu werden, wird ausserhalb dieser Szene gesagt oder getan werden müssen und von ganz anderen Leuten. Wenn das möglich ist, wofür nichts spricht, dann geschieht es bereits längst, und uns hat nur wieder einmal niemand bescheid gesagt. "Wir werden es wissen, wenn wir es herausfinden."
Wir entschuldigen uns für den übermässig filosofischen Ton, für den peinlichen Druckfehler auf der Titelseite und für die Scheibe Salami, die einem Teil der Auflage versehentlich beiliegt.

so steht es geschireben

Die Bewegung von 2016 — Von der so genannten "Grenzöffnung" zu den Anfängen einer Anti-Deportations-Bewegung

von Vince O'Brian

Über die Bewegung der Monate zwischen dem Spätsommer 2015 und Ende 2016 ist in diesem Heft schon das eine oder andre Mal gesprochen worden, aber noch nicht im angemessenen Zusammenhang. Eine Bewegung dieser Art und in dieser Lage, am Rande des Abrutschens der westlichen Gesellschaften in eine neue Art Faschismus, verdient eine ausführliche Befassung; denn, wie ich glaube, die Gefahr in diesen Momenten war grösser und akuter, als es den vielen weniger Beteiligten den Anschein hatte; und die akute Phase ist, zuerst einmal, anscheinend aufgeschoben. In der Zwischenzeit entwickeln sich die giftigen Ansätze weiter, und reifen zu einem Feldzugsplan der Gegenseite, der in Kraft treten wird beim nächsten Kontrollverlust dieser Grössenordnung.

Insoweit muss die Bewegung dieser Jahre im Kontext dieser Grössen betrachtet und kritisiert werden: im Kontext des grösseren politischen und ökonomischen Krisenzyklus, der periodischen Anfälle von Kontrollverlust, der Gipfelkette von Revolutionen, die sich seit fast zehn Jahren aneinanderreihen und auseinander erzeugen.

1. Es hätte sehr einfach passieren können, dass die Rezession von 2015-6 sich auf den Linien von 2008-10 bewegt und die globale Ökonomie wieder in den Abgrund zu reissen droht. Vorher war das jedenfalls keineswegs klar. Die globale Rezession von 2015-6 blieb von den meisten Stellen fast unbemerkt, obwohl sie den formalen Kriterien für eine globale Rezession völlig genügt. Diese Kriterien, sehr formale, wie gesagt, verlangen ein Absinken des Globalprodukts unter ein Wachstum von 3% in Preisen in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen. Eingetroffen ist tatsächlich eines in drei Quartalen.[1]

Es ist eigentlich ziemlich seltsam, dass der Abschluss des ersten Zyklus nach der grossen Krise von 2008 so unbemerkt geblieben ist. Aber so etwas passiert durchaus öfter, die ökonomische Krisengeschichte kann durchaus auch erst 20 Jahre post factum geschrieben werden, manchmal bleibt es sogar länger umstritten, welche zyklische Krise wann stattgefunden hat. Manche Krisen verlaufen subklinisch (wie die um 1960) und manche Zyklen scheinen einen Konjunkturrückgang in der Mitte aufzuweisen.

In diesem Falle sind die Zahlen aber unerwartet deutlich, die Rezession nicht nur eine lokale, sondern global. Sie dürfte sich sogar eher in den sog. Schwellenländern abgespielt haben. Vielleicht ist das der Grund, warum wenig Eifer darauf gewandt wurde. Aber der Instabilität des kapitalistischen Systems ist es ziemlich egal, wo sie ausbricht, und es hätte sehr gut

1. Es gibt keine vernünftigen globalen Quartalszahlen fürs GDP, aber alle nationalen Quartalszahlen deuten auf 2015/4 und 2016/1 sowie eins vorher und eins nachher. Bis 2009 galt ein globales GDP von 3% als die Grenze, unterhalb derer von Wachstumsrückgang gesprochen werden durfte. Diese Zahl ist danach anscheined aufgegeben worden, weil sie unrealistisch hoch wurde. Derartiges Vorgehen ist für die sogenannten Wirtschaftswissenschaften typisch. Die beiden genannten Quartale dürften, nach meiner vorläufigen Schätzung, diese Grenze deutlich unterschritten haben. Was ist es wert, solche Zahlen zu haben? Die zyklische Krise hat ihren Kern in der Investitionsbewegung, und für diese gibt es näherungsweise empirische Zahlen, die aber im Kern wenig besagen. Wie sieht ein Konjunkturzyklus aus, in dem das, was Marx die "Geldpanik" nannte, nicht vorkommen kann? Er würde sehr atypisch aussehen, sicherlich

eine Kettenreaktion zurück nach Europa geben können.
2. Wichtig ist für uns vor allem: das ganze Szenario, die Momente, in denen ein Zusammenbruch des Grenzregimes möglich schien (auch dem Gegner), überhaupt alle die Dinge, die uns im Rückblick surreal, unwirklich, oder aber panisch überzeichnet erscheinen, alle diese Dinge tragen das psychologische Gepräge der Krise. Das ganze Geschehen rechtfertigt objektiv weder die Hoffnungen noch die Befürchtungen; noch in dem irren Geschwätz der Souveränisten davon, Merkel habe die Grenzen aufgemacht, verrät sich eine endzeitliche Panik, die ahnt, dass alles auf dem Spiel steht, aber ohne sagen zu können, wo und wie.
Im Rückblick scheint mir, dass alle Entscheidungen, die die Situation haben eskalieren lassen, vom Bewusstsein der Dimension getrieben waren, die die Sache annimmt, wenn auch die Brandmauern, die um die Reste der Weltwirtschaft seit 2010 gezogen wurden, einstürzen. Die Regierenden werden von der Panik beherrscht weit mehr als man es glauben sollten. Sie balancieren am Rande des Absturzes. Das ist die Dimension, an der wir messen müssen, was geschieht und was dagegen getan werden kann.
Und nur daran kann man messen, was ins Feld geführt werden wird. Die gezielte Grossfütterung von Bewegungen wie Pegida, deren zweite Auflage in diese Zeit fällt; die Beihilfe zur Etablierung von Putins Regierung als Ordnungsmacht und Verhandlungspartner; die vielen und methodischen Polizei-Intrigen, mit denen recht mühsam der Inhalt der Debatte verändert werden musste; all diese Dinge sind Eskalationsschritte mit Potentialen, die sich noch lange nicht erschöpft haben. Die "Mitte" brachte sich mühsam dazu, ein Mandat des Staates zum Einschreiten zu fordern, aber dieses Einschreiten kann nur mehr militärische Züge tragen. Das Mittel dieser Debattenintervention, die Etablierung der AfD als legitimer Standpunkt, ist von allem das verrückteste. Aus Gründen der Stabilität installiert sich die CDU eine Konkurrenz, die nationalsozialistische Potentiale bündelt und entfaltet und sich in jeder Häutung, beschleunigt in der Krise, immer nur radikalisiert. Was sich die Oberen dabei gedacht haben, diese Geister zu entfesseln, kann man nur mutmassen.
3. Unter diesen Umständen kann es nicht angehen, eine Bewegung nur halb zu machen. Es ist self-defeating, unter solchen Umständen etwa auf Diskussionen sich einlassen zu wollen, welche Flüchtlinge ein besseres Recht haben sollen als welche andere. Es gibt kein besseres Recht irgend eines Menschen, an einem Ort zu leben. Wenn dem Staat gelingt, eine schlechtere Sorte Flüchtling zu definieren, dann ist der Bewegung der einzige Boden entzogen, von dem aus sie konsequent argumentieren kann: das proletarische Naturrecht, dessen erster Satz sein muss, dass Eigentum nur ein Unterfall des Diebstahls ist, dass eine Sache wie Grenzen schon an sich ein Verbrechen sind, dass niemandem das Recht darüber zuerkannt werden kann, Menschen von den Grundlagen der Existenz auszuschliessen.
Die Fluchtbewegungen müssen behandelt werden als proletarische Bewegungen, Flüchtlingsrechte als Arbeiterrechte, die Klassenfrage als Frage von Leben und Tod. Dies ist der Rahmen, in dem sich das abspielt. Die 2012 entwickelte, durch vielerlei Intrigen aus der Wahrnehmung wieder vertriebene Non-Citizen-Theorie, wie sie in den Flüchtlingsprotesten von Würzburg und München in Ansätzen ausgearbeitet worden ist, muss wieder in den Vordergrund geschoben werden. Es ist Wahnsinn, sich in eine Situation zu bringen, wo die AfD als Partei der Arbeiterklasse gilt und die Einwanderung als Maschination im Interesse

des globalen Kapitals. Solange dies zugelassen wird, betreibt die Linke objektiv das Geschäft Elsässers und der Nazi-Bewegung.
Die No-Border-Bewegung ist, in vieler Hinsicht, ausserdem eine Gefangene des Antiziganismus. Die Sache der Roma aus den Westbalkanländern ist Teil der europäischen Refugee-Sache. Hier hat der Staat es geschafft, eine erste wichtige Spaltungslinie zu ziehen. Praktisch die einzige Antwort auf dem No-Border-Camp in Thessaloniki auf unsere Versuche, die Roma-Frage in die Diskussion zu bringen, lautete dahin, dass die Taxifahrer, die Refugees auf dem Balkan oft, im Auftrag von sogenannten Schleppern, durch unwegsame Täler fahren, meistens Roma seien.
Der Rassismus gegen die europäischen Roma als ein Teil genau desjenigen Nationalismus, der die militärische Flüchtlingsabwehr legitimieren hilft; die Verfolgung der Roma als Teil des europäischen Gesellschaftsgefüges, das ist der Bewegung grossenteils entgangen. Der Feind dagegen weiss sehr gut diese Karte zu spielen. Er mobilisiert ziemlich bewusst den alten Hass, und aktualisiert den Teil der eruopäischen Geschichte, der unmittelbar zu Auschwitz hinleitet. Es scheint ihn nicht sonderlich zu kümmern.
Die Abschiebelager, zu deren Legitimation der Staat die Roma-Frage genutzt hat, sind, sobald sie einmal da sind, für die Internierung und Abschottung praktisch jeder Menschengruppe ohne Unterschied einsetzbar. Das Versäumnis, auf diese bewusste und kalt einkalkulierte Kontinuität mit den 1920ern nicht hingewiesen zu haben, wird die Bewegung ohne weiteres nicht mehr einholen können.[2] Der Holocaust als historische Bedingung der heutigen Weltordnung, das ist, was damit aufgerufen wird. Es wird ratsam sein, das zu wissen.
Aber die Bewegung hat keinen Begriff vom Hass auf die Roma, und wie tief er in die Struktur dieser Gesellschaftsordnung eingelassen ist; so wie sie keinen vom Hass auf die Juden hat.
Die Emanzipationsbewegung der Roma, so embryonal sie noch ist, muss ein selbstverständlicher Teil der radikalen Arbeit sein, und zwar unabhängig davon, in welchen Formen diese Emanzipation sich vollziehen soll.[3] Die Linke, die heute revolutionär sein will, wird sich, in anderen Worten, an den Begriff des Zionismus gewöhnen müssen: an das Eigenrecht einer partikularen Befreiungsbewegung inmitten einer universalen, auch wo deren Ansprüche sich im Einzelnen widersprechen können.
So wie die Linke das, ausser den Antideutschen, am Beispiel Israel versäumt hat zu lernen, so verständnislos steht sie heute vor den Ansprüchen der Roma-Bewegung; aber ohne deren Hilfe, ohne sie als den inneren glühenden Kern, war sie ernsthaft gehindert, 2016 zur Organisation einer grossen zivilen Anti-Deportations-Bewegung fortzuschreiten.
4. 2015 sah eine grosse und insgesamt ermutigende Aktivität auf der Balkanroute. Es war einfach das Richtige, seinen Bus zu packen und auf den Balkan zu gehen. Wenn man einen deutschen Pass hat, sind diese Grenzen durchlässig. Die Spontaneität war beeindruckend.

2. Die SPD- und DDP-geführten Regierungen der 1920er in Deutschland haben zur Erleichterung der Abschiebung von Roma und Juden aus dem Osten ganz ähnliche Lager eingerichtet, wie das, das heute in Bamberg steht. Sie nannten sie "Konzentrationslager". Das war das damalige Flüchtlingsproblem, das die demokratischen Parteien so beherzt zu lösen wussten. Nur ein Trottel kann sich einbilden, das habe alles nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun. Den sehr benennbaren Trotteln, die das, als wir es ausgesprochen haben, im August 2017 als Geschichtsrevisionismus bezeichnet wissen wollten, wünschen wir alles Gute für ihre berufliche Zukunft.
3. Emanzipation ist fast wörtlich gemeint. In den Donaufürstentümern bestand im 19. Jahrhundert die Sklaverei. Die Roma sind die Nachkommen von Sklaven.

Es zeigt sich auch ein unter den chaotischen Umständen schwer zu erreichendes Mass an Koordination. Dass solche Handlungsfähigkeit überhaupt existiert, ist für Deutschland eine ganz neue Nachricht, die fast hoffen lässt. Allerdings ist wenig gewonnen, wenn die Erleichterung des Grenzübertritts, so notwendig sie ist, nicht unterstützt wird durch eine starke gesellschaftliche Bewegung, die Abschiebungen, auch Rückschiebungen in die Grenzstaaten, unmöglich macht. In den Balkanländern hängen auch Leute fest, die schon einmal in Berlin waren und dort Familie haben. So etwas ist unerträglich.
Die Bemühungen um eine solche Bewegung sind auch nicht vergeblich. Im Falle der Afghanistan-Flüchtlinge trifft sie zum Beipiel auf eine sehr breite gesellschaftliche Solidarität. In Bayern hat man zuweilen den Eindruck, in die Tage von Wackersdorf zurückversetzt zu sein. Wenn die Ereignisse an der nürnberger Berufsschule 11 ein Indikator sind, und die Azubis des Baugewerbes und der Maler/Lackiererei waren zu meiner Zeit mehrheitlich nicht links, dann schafft es die bayerische Regierung mit ihrer unbegreiflich starrsinnigen Haltung gerade, die Arbeiterjugend ernsthaft gegen sich zu erbittern. Dass die Arbeitgeber ungern ihre mühsam gewonnenen Azubis abschieben lassen wollen, ist ein Ding. Wenn die Logik der Konkurrenz und des Rassismus in der Arbeiterschaft nicht mehr zieht, ist das ein ganz anderes Ding.
Die aufstandartigen Szenen um die B 11 sind, soweit ich es beurteilen kann, etwas qualitativ Neues. Dass der junge Mann einstweilen bleiben durfte, auch wenn nur wegen der Zerstörung der deutschen Botschaft in Kabul, erspart der verzweifelten Aktion den Fleck der Niederlage. Das wird den Beteiligten hoffentlich Mut machen. Sie haben ohnehin, wenn ich es beurteilen kann, alles richtig gemacht. Man hört gerne solche Geschichten aus unserer etwas verrückten Nachbarstadt. Auch gerne öfter.
Trotzdem sollte man sich die Frage stellen: warum klappt das bei den Afghanen, denen wir die Solidarität ja gönnen, aber nicht bei den Roma? Man kann, und muss vielleicht, die eine Lage nehmen, um den anderen mit zu helfen. Aber letztlich ist das Opportunismus. Letztlich hängt das eine am Wohlwollen der Arbeitgeberschaft, und das andere an den rassistischen Gewohnheiten des Proletariats. Eine selbstbewusste Bewegung, die sich als proletarisch verstehen müsste, kann nicht zögern, derartige tödliche Schwächen in der eigenen Klasse zu konfrontieren. Ansonsten nimmt man die spürbare klassenübergreifende Solidarität mit den Afghanen als Geschenk, und gibt die Roma auf, und damit sich selbst.
5. Diejenige Schwäche der Bewegung, die ihr auf kurze Frist am meisten schaden wird, ist ihre eigene Desorientierung über den Zusammenhang, in dem sie selbst steht. Sie ist selbst ein Teil der neueren Revolutionsgeschichte. Der Zyklus von Aufständen und Arbeiterbewegungen in den Jahren seit 2009 ist zwar mit einer Gewalt zurückgeschlagen worden wie noch kein solcher Zyklus in der Vergangenheit, aber er ist auch der bei weitem grösste aller bisherigen Geschichte. Begonnen im Iran, wo er aber kurz vor dem Übergang zu proletarischen Kampfformen stehenblieb, hat er in Tunesien und Ägypten, wo 12 Millionen Arbeiter dreimal in zwei Jahren in Generalstreik gingen, zum ersten Mal seine globale Dimension gezeigt. Von dort aus wirkte er weit in die Länder Afrikas und Asiens, über Turkestan leckte er an Putins Machtbereich, und griff im Novemver 2011 auf Russland über. In dieselben Monate fallen die grössten Streiks Indiens, und gewaltige Bewegungen innerhalb Chinas, in die das

ganze sonstige Geschehen bequem mehrmals hineingepasst hätte.
In diesen Jahren begann der Aufstieg von Putins Russland an die Spitze der Welt-Konterrevolution. Seine Klienten, von Assad bis Orban, Seehofer und Cameron (jetzt May), waren die ersten und entschiedensten Männer der "Ordnung". Das sind die Männer der Fassbomben, das sind die Männer der "nationalen Souveränität", in deren Namen die Grenzen aufgerüstet werden. Die Erdogan, Sisi, Aliyev, die Saud und Thani und wie sie noch heissen, auch wenn sie ihre Stellvertreterkriege gegen diese Achse führen, streben doch nur danach, ihnen die Früchte des Sieges nicht zu überlassen, und die Welt mit ihnen, über den Gräbern der zerschlagenen Revolutionen, unter sich aufzuteilen.
Es ist auch nicht so, dass diese Achse in einem abstrakten Gegensatz zur Politik der Merkel oder Clinton stehen; das ist selbst Teil der putinistischen Propaganda. Erscheinungen wie Elsässer und die Einigung der Rechten um die AfD sind ja auch nicht einfach mit Putins Geld bezahlt, sondern sind mit Putins Geld bezahlt mit dem Einverständnis Merkels. Die deutsche Polizei intrigiert, mindestens durch strategische Nutzung der Informationen, auf die sie Monopol hat, gegen einen Kurs, den sie für zu liberal hat, aber nicht im Gegensatz zum Staat, sondern in seinem Gefüge und mit höchster Billigung. Der Feind hat kein eines und eigenes Gesicht. Er ist Staat und Gesellschaftsordnung. Putin und sein Mafia-Geheimdienst-Staat sind Teil des Versuches, diese Staaten und Gesellschaftsordnungen aufrechtzuerhalten, und sie sind in Europa der verzweifeltste und skrupelloseste Teil.[4]
Wir sehen nun aber, dass grössere Teile der Linken schon die Existenz dieser Revolutionsgeschichte nicht anerkennen. In den Augen nicht weniger früher auf die Sowjetunion orientierten Parteien stecken hinter allen diesen Revolutionen die "Globalisten", die CIA, und Hillary Clinton, die mit Hilfe sunnitischer Banden einerseits, der Schwulen- und Lesbenbewegung andererseits die souveränen Staaten, darunter so gesunde wie Mubaraks Regime, in Trümmer schiesst, um sie zu Gottesstaaten zu machen und dem US-Kapital auszuliefern. Solche Theorien klingen zwar nachgerade klinisch, man findet sie aber in Varianten überall, von KenFM bis zur Bahamas, von der Konkret bis zum Twitteraccount von Donald Trump. Einig sind sie sich darin, dass alle diese Krisen unmöglich auf Revolution und Gegenrevolution zurückgehen können, sondern nur auf geheime Machenschaften und den unaufhaltsamen Aufstieg des Islam. Das sind kollektive Halluzinationen, hinter denen unschwer fürchterliche Angst vor der Revolution ausgemacht werden kann.
Es wird eine Scheidung zwischen den Parteien unvermeidlich sein. Eine Flüchtlingssolidarität, die sich als revolutionär ansieht, wird sich mit hohlen Worten wie "Fluchtursachen" kaum zufrieden geben, unter denen jeder verstehen kann, was er will, die einen Assad und die anderen die Revolution. Sie wird ihre Prinzipien formulieren müssen mit Hinblick auf die internationalen Forderungen der Revolution. Und sie wird die Propaganda des Feindes in ihren Reihen nicht dulden können. Der Übergang der Putinisten unter den Linken in das Lager des Faschismus ist nicht aufzuhalten. Am besten, man findet sich jetzt schon mit ihm ab.

4. Was Elsässer betrifft, wird man nicht fragen müssen, ob er für russische Dienste arbeitet. Die Schwierigkeit besteht darin, zu begreifen, dass die deutsche Regierung ein eigenes Interesse daran haben kann, der putinistischen Auslandspropaganda freie Hand zu geben. Alle diese Dinge, die wir gesehen haben, sind ohne russische Einflussschiene ebenso undenkbar wie ohne Zustimmung der deutschen Behörden. Das Ergebnis von Elsässers Arbeit besteht vorderhand darin, dass eine Regierung ohne Merkels CDU unmöglich ist, ob das dem alten Narren klar ist oder nicht.

Über den Maodadaismus

VON MICHAEL SCHMIDTT

I. Die Rückkehr des Maodadaismus.

Der Maodadaismus ist wieder da. Er ist sogar gestärkt aus seiner Krise hervorgegangen und befindet sich momentan im Modus des Zweilinienkampfes. Dafür hat er mit dem Jugendwiderstand und dem Revolutionären Aufbau Waterkant zwei Fraktionen ins Leben gerufen. Der Revolutionäre Aufbau Waterkant hängt zusätzlich zu Mao noch einigen Ideen des Gegenstandpunkts nach und ist daher streng antinational: Der palästinensische Widerstand "ist vielfach antisemitisch, und islamistisch und ebenso Gegenstand kommunistischer Kritik". Dagegen der Jugendwiderstand meint, der Hauptwiderspruch verlaufe gerade zwischen Israel und Palästina. Daher macht man mit eben jenen antisemitischen Strömungen Front gegen Israel. Front gegen Israel machen allerdings beide Strömungen.

II. Der Maodadaismus und seine Feinde

Immerhin die Springerpresse hat ein wenig mit dem Dadaismus der Maoisten gespielt und einige unterstützende Artikel gebracht. Sie kann das, weil sie selbst in der Tradition des großen Dada steht.

Der linke Mainstream hat sich natürlich - denn sie verstehen den Dadaismus nicht - in einer großen Fronde gegen diese beiden Fraktionen zusammengeschlossen. Etwa wie damals gegen das Internationale Zentrum B5 in Hamburg. Diese Leute haben aber nachweislich nie die Schriften von Oberdada Mao gelesen und werden bei jeder dritten Demonstration die Maodadaisten dulden.

Eine Minderheit wiederum versteht den Dadaismus. Aber sie glaubt, die neuen maodadaistischen Splitter meinten ihren politischen Beitrag ernst.

Aber schon ein Blick auf die witzigen Kappen dieser stolzen Maodadaisten zeigt, es ist wirklich Maodadaismus reinsten Wassers.

III. Maodadaismus, das Spiel.

"Zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich ziehen". Wer kennt nicht wenigstens diese Weisheit aus dem Schatzkistlein des großen Steuermanns. Sie ist nun als Gesellschaftsspiel erhältlich. So gehts:

Man spielt das Spiel am besten in einer etwas heterogenen Gruppe und man sollte möglichst durchaus 100 Leute einbeziehen. Lieber sogar mehr.

Danach fragt man, wer von den Leuten sich einen Milchkaffee für 3 Euro 50 oder mehr leisten kann und wer nicht.

Voilà: Der Strich ist gezogen.

Die sich den Kaffee nicht leisten dürfen, können dann damit beginnen Farbe gegen die Cafés der anderen zu kleckern oder sogar ein wenig in diesen Cafés herumzukrakeelen. Die sich den Kaffe dort leisten sind durch das Maodadaspiel dann zu Juppies geworden und sie dürfen daher schamlos die Polizei holen.

Es versteht sich, dass dieses Spiel auch eskalieren kann. Darin besteht sogar sein Reiz.

Ursprung des tschetschenischen Trauerspiels

VON SEEPFERD

Im Sommer 2016 löste die russländische Öffentlichkeit eine schwierige Aufgabe mit Bravour – einem berühmten Mann zum 40-Jährigen etwas zu schenken, was er nicht hat. So bekam der Präsident der Tschetschenischen Teilrepublik Ramsan Kadyrow eine eigene reality show „Das Team Kadyrow“[1], bei einem der staatlichen Sender. Er sei ein Krieger, kann Frieden und Stabilität schaffen, aber so richtig wirtschaften kann er eben nicht[2]. Aus diesem Grund braucht er einen Helfer oder sogar eine Helferin, die einen Wirtschaftsplan für die Region aufstellen, realisieren und die Republik somit wirtschaftlich aufpeppen könnte.
Die KandidatInnen meldeten sich angeblich fast von der ganzen Welt. Ausgesucht wurden 16 Leute, darunter ganze vier Frauen. Man kann sich vorstellen, dass die in zwei Teams aufgeteilten KandidatInnen nicht nur miteinander konkurrierten, sondern auch gegeneinander intrigierten was das Zeug hält. Es durfte ja nur einE gewinnen, um Kadyrows rechte Hand zu werden. „Der gescriptete Jahresmarkt der Eitelkeit und Niedertracht“ wäre vielleicht eine richtige Bezeichnung für die Show.

Ein Jahr später tue ich mir das an, Gefahr laufend, wieder für mindestens zwei Wochen dem Suff zu verfallen, und suche nach den Namen der GewinnerInnen (es waren am Ende tatsächlich mehrere) im tschetschenischen Regierungskabinett. Nope. Der junge Millionär aus Düsseldorf, der am Ende „gewonnen“ hatte, hat doch nicht so lange durchgehalten. So klar es war, dass die Show nur der Imageaufbesserung von Kadyrow und Co diente[3], so widersinnig waren auch die meisten Aufgaben, denen sich die KandidatInnen stellen mussten.

1. https://russia.tv/brand/show/brand_id/60699/
2. Das merkt man allerdings. Tschetschenien lebt immer noch von Subventionen aus dem Zentrum in einem Ausmaß, wie keine andere Teilrepublik: 2016 und 2017 bekommt Tschetschenien 40 Milliarden Rubel von der Föderation, was etwa der Summe entspricht, die auch das hinter dem Polarkreis liegende und weit größere Jakutien bekommt. http://провэд.рф/analytics/research/39047-pegiony-possii-v-kpeditah-i-dotatsiyah-kto-kogo-kopmit.html
3. Imageaufbesserung hat er noch so viele Jahre nach dem Krieg nötig. Wie der russische Philosoph Michail Ryklin in „Verschwiegene Grenze. Briefe aus Moskau, 1995-2003“ (2003) schrieb: „„Vor dem Hintergrund einer Millionen erfassenden Apathie verwischt sich die Grenze zwischen den 'Tschetschenen' und den 'islamistischen Kämpfern'. Da der Durchschnittsrusse ohnehin nicht imstande ist, zwischen einem Tschetschenen und einem Bewohner Dagestans oder selbst Georgiens zu unterscheiden; wird auch die Differenzierung zwischen 'Terrorist' und 'Person kaukasischer Herkunft' aufgehoben. (...) Hier kommt vor allem ein Kompensationsmechanismus zum Tragen: Die Verschlechterung der eigenen ökonomischen und sozialen Lage führt Millionen von Menschen dazu, nach gewohnter Großmacht-Tradition eine Personifizierung in einem Feindbild zu suchen; die Zerstörung dieses Feindes würde dann angeblich auch die komplexe Summe von Gründen beseitigen, die zu Verarmung, Massenarbeitslosigkeit usw. führten. Andererseits aber spürten diese Menschen in der Plattheit des vom Jelzin-Regime vorgeschlagenen Lösungsrezeptes so etwas wie eine Falle, denn vergleichbare Lösungen haben sich in der Vergangenheit schon des öfteren in Katastrophen verwandelt. Die Menschen wollen nichts über den zweiten Tschetschenienkrieg erfahren – und zwar genau aufgrund der Instabilität und der Unzuverlässigkeit dieses Kompensationsmechanismus. Sie ahnen, dass bereits in einer kleinen Dosis Wahrheit über den Krieg genug Sprengkraft enthalten sein würde, um diesen Mechanismus zu zerstören.“ In den vergangenen Dutzend Jahren hat sich manches geändert, die Differenzen zwischen „fremden“ und „eigenen“, staatstreuen IslamistInnen kennt man inzwischen gut.

Sie mussten Berge besteigen, Bogen schießen, eine traditionelle Modeschau und eine Stadtführung für Touristen organisieren, Schafe scheren, tschetschenisches Fastfood in Moskauer Straßen verkaufen, Äpfelernte einfahren und ähnlichen Quatsch bewältigen. Gut, da kann man wenigstens Teamgeist und Organisationstalent demonstrieren. Wie man Menschenmengen in einem Fußballstadion dirigiert und sie verschiedene Figuren auf den Tribünen bilden lässt, das entspricht eher dem Regierungsstil in Tschetschenien, wo alle feierlichen Massenaufläufe und religiösen Volkswillenbekundungen wie in der Sowjetzeit durch das „Mobilisieren administrativer Ressourcen“ hergestellt werden, sprich man karrt die Untergebenen, denen ihre Arbeits- und Studienplätze etwas wert sind, zusammen und lässt sie je nach dem Freude oder Wut darstellen[4]. Warum aber ausgerechnet Mädels aus dem Team das traditionelle Heiratsritual des „Zunge-Freimachens“, wo sie sich alten Männern unterwürfig zeigen sollen, über sich ergehen lassen sollen, bleibt gänzlich unerklärlich.

Doch kommen wir auf unsere Schafe zurück. Die eigentliche PR-Botschaft lag woanders. Inmitten von Natur- und Familienkitsch inszeniert sich Ramsan Achmatowitsch mal als stets beschäftigter, aber volksnaher Staatsmann, als liebender Sohn, als strenger Vater, als einsamer Bergwanderer, als Tierliebhaber, als frommer Muslim, als eine einzige menschliche Schrulle voller Witze und Anekdoten. Manchmal philosophiert er im gebrochenen Russischen[5] mal mit seinen KandidatInnen, mal nur mit dem schmierigen Moderator über Gott und die Welt. Manchmal blickt er sentimental in die Ferne und erzählt Geschichten aus seinem bewegten Kriegerleben, die alle so anfangen: „Einmal musste ich zur Spezialoperation in die Berge fahren“ und mit einem Lob der Kameradschaft und des Teamgeistes enden. Die KandidatInnen sind froh, dass sie nur irgendeinen Blödsinn wie tschetschenische Modeschau machen müssen. Manchmal spuckt er Tiefgründiges. „Ich befasse mich mit den Problemen der Republik und des Volkes, ich befasse mich nicht mit Politik. Wenn man sich mit Politik befasst, weißt du, du wirst scheitern und scheiterst so oder so früher oder später... Das Wort 'Politiker' heißt in unserer Sprache eigentlich, also, es bedeutet nichts Gutes. Eigentlich sind wir, die Familie Kadyrow, nie in der Politik gewesen. Wir haben den Koran studiert und unterrichtet“. In einer späteren Folge antwortet er auf die Anschuldigungen „der Herren Liberalen“, ein „böser Mensch“ zu sein: „Die Feinde des Volkes, die Staatsfeinde haben sich (das) ausgedacht, weil sie wissen, dass solange es mich im Kaukasus gibt, werden europäische Geheimdienste die Situation hierzulande nicht verändern können“.

Die unveränderliche Situation wird wohl durch die mit dem tschetschenischen Oberbullen zwangsverheiratete Cheda[6] symbolisch dargestellt, die bereits in der Pilotfolge auftaucht. Kadyrow als Ehrengast auf der Feier soll ihr nach dem tschetschenischen Brauch „die Zunge freimachen“, sprich sie zum Reden bringen, d.h. ihre Demut prüfen. „Aber selbst mit der

4. Wie das ausgerechnet in Tschetschenien funktioniert, haben wir schon mal beschrieben: https://dasgrossethier.wordpress.com/2015/02/12/die-einheit-der-volker-gegen-charlie-hebdo-2/
5. Er kann tatsächlich den vollen Namen seines Souzeräns nicht aussprechen. Von diesem redet er viel, aber nur als von „Wladimiritsch Putin“.
6. Über diese „Heiratsfeier des Jahrhunderts“ berichteten wir ebenfalls: https://liberadio.noblogs.org/?p=1529

'frei gemachten Zunge' bleibt sie die verschwiegenste Ehefrau des Landes", lallt der Moderator aus dem Off. Kein wieso, kein warum, nicht der Rede wert.

*

Die Befestigung des Kadyrow-Clans (genauer gesagt, was davon übrig geblieben ist – es ist nicht so viel) an der Macht erklärt sich aus zwei vordergründigen Aufgaben der russländischen Staatlichkeit in dieser unruhigen Region: aus dem Kampf gegen nationalistischen/islamistischen Separatismus und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau und politischer Stabilisierung. Eben aus diesen Gründen musste der herrschende Clan, den der zweite tschetschenische Krieg (1999-2009) nach oben gespült hatten, solch beispiellose machtpolitische Befugnisse und Subventionen bekommen. Unter der Präsidentschaft Medwedews wurden solche „Reintegrationsmaßnahmen" getroffen wie Anerkennung salafistischer Gemeinden als Dialogpartner und sogenannte Adaptationskommissionen, die gemäßigten Islamisten den Weg zum friedlichen Leben ermöglichen sollten. Ein weiterer Schritt zur Befriedung der Region war ein andernorts erprobter Klassiker: vor den olympischen Winterspielen 2014 ermöglichten die Geheimdienste den Kämpfern des irrelevant gewordenen „Kaukasischen Emirats" die Ausreise nach Syrien. Den Befriedungsgrad könnte man an der Anzahl getöteter Polizeibeamter messen: sie fällt im gesamten Nordkaukasus von 920 Beamten 2006 auf 52 Beamte in Jahr 2015[7]. Nur in der tschetschenischen Teilrepublik setzte man auf die gewohnten terroristischen Mittel der kollektiven Bestrafung und einer weitgehenden Autonomie der Exekutive, als wäre der Status der antiterroristischen Operation nicht im April 2009 aufgehoben worden. Die Mittel sind übrigens auch effektiv, nur können ausgerechnet diese handfesten Maßnahmen immer eine gewaltsame Gegenreaktion hervorrufen. Und tun das ab und an.

Selbst wenn Ramsan mit Vertrauensentzug seitens des Kreml bestraft wird und anfängt, die Koffer für die Übersiedlung nach Dubai zu packen, auf irgendeine Weise erfolgt immer ein Signal, welches ihm zu verstehen gibt, der Pakt mit Moskau bleibt bestehen, er darf weiter machen[8]. Darf befehlen, auf die Bundespolizei zu schießen, wenn sie sich auf sein Territorium verirrt[9], darf das oberste republikanische Gericht auseinander jagen, wenn es ihm beliebt. Die verfassungsmäßige Gewaltenteilung würde das Ende seiner Autokratie bedeuten. Der Kreml ist seit geraumer Zeit unschlüssig und weiß nicht, wohin mit ihm.

Kadyrow tendiert aber zur Etablierung eigener Souveränität im Rahmen der russischen. Dies ist der Grund, warum er keine Kritik an seinen Regeln und Reglementierungen leiden kann. Die KritikerInnen appellieren immerhin an die Verfassung der Russländischen

7. „Counter-terrorism in the North Caucasus: a human rights perspective. 2014 – first half of 2016 Report by the Memorial Human Rights Centre". https://memohrc.org/sites/all/themes/memo/templates/pdf.php?pdf=/sites/default/files/doklad_severnyy_kavkaz_-_angl.pdf
8. Übrigens sehr gut bei Michail Sygar in „Endspiel. Die Metamorphosen des Wladimir Putin" (2016) beschrieben.
9. Siehe https://liberadio.noblogs.org/?p=1529

Föderation, die Repressionsmaschine wendet sich gegen die eigene Zivilbevölkerung nicht weniger hart als gegen die salafistischen „Teufel“, gegen die sie die Bevölkerung zu schützen vorgibt. Man kann sich denken – die Repressionen gegen vermeintliche oder nicht vermeintliche Schwule, die letztens zu einem großen Skandal wurde, haben längst nichts mehr mit den Befriedungsauftrag aus Moskau zu tun. Ramsan regelt längst eigene Dinge.

*

Doch wieso er überhaupt? In Tschetschenien ist die autokratische Herrschaft genauso neu wie der strenge, intolerante Islam sunnitischer Prägung. Patriarchal war zwar die Gesellschaft seit jeher, das öffentliche Leben wurde aber konsensual auf Stammesversammlungen geregelt. Doch selbst dem Stamm Benoj gehören außer der Familie Kadyrow viele andere angesehene Clans an.

Als die erste tschetschenische Kampagne (1994-1996) zu Ende war, gingen die verfeindeten Kräfte nur scheinbar auseinander, waren die Verhältnisse noch lange nicht geklärt. Moskau beobachtete die aktiven Akteure des Konflikts, man musste sich nur für jemand entscheiden. Die Trennungslinie „nationalistischer vs. islamistischer Widerstand“ lässt sich auch anders umschreiben: die Anhänger des Jamaats vs. die Anhänger des Tariqats. Die übriggebliebenen „Jamaatisten“ formten später das berüchtigte „Kaukasische Emirat“[10], vertraten die Idee der Arabisierung und Islamisierung des Kaukasus; die sufistischen „Tariqisten“, die sich auf die Bevölkerungsmehrheit stützen, waren eben diejenigen, die einen eher nationalistischen Separatismus und die Gründung eines unabhängigen Nationalstaates verfolgten. Der Islam, egal welcher Prägung, hat in der Region keine besonders lange Geschichte. Zu seiner Verfestigung und Vermengung mit dem nationalen Gefühl hat anscheinend der bolschewistische Kampf gegen Religion und Nationalismus beigetragen. Dies ist anscheinend auch der Punkt, wo der Kadyri-Orden in der Nakschbandiya-Tradition die Oberhand gewinnt[11]. Es waren eben die Tariqat-Anhänger, die im Unterschied zu ihren Opponenten bereit waren, das Blut der Muslime zu vergießen. Das Oberhaupt war Achmat Chadschi Kadyrow, Ramsans Vater.

Kampf gegen die islamistischen „Teufel“, saudische und jordanische Emissare, konnte er sich jedoch auf keine Armee verlassen. Unterstützung bekam er von der Familie Jamadajew, die haupsächlich Erdölbusiness in der Republik kontrollierte und als einer der stärksten und am besten bewaffneten Clans aus der ersten tschetschenischen Kampagne hervorgegangen

10. Und darüber berichteten wir auch: https://dasgrossethier.wordpress.com/2014/06/27/vom-kaukasischen-emirat-zum-slawischen-wahhabiten/
11. Das verraten uns zumindest die europäischen „Itschkeristen“ selbst: „Während der Sowjet-Ära wurde die Religion schwer unterdrückt, aber überlebte in kleinen Tariqas, genannt Virds, die unterschiedliche Heilige anbeteten und manchmal sogar untereinander feindlich gesinnt waren. Die Deportation der Tschetschenen in den Jahren 1944 bis 1957 trug zum Entstehen eines kollektiven, tschetschenischen Nationalitätsgefühls bei und zu einer Erneuerung der Verbindungen mit dem Islam. Der Kadiri-Orden spielte dabei eine große Rolle. Nach der Rückkehr in den Kaukasus, wurde der Sufismus – der viele volkstümliche Traditionen aufgesogen hatte –zunehmend durch die Staatsbehörden und dem KGB infiltriert. Fast alle Muftis (religiöse Führer), denen es gestattet wurde zu studieren, waren KGB-Offiziere“. http://waynakh.com/de/tschetschenen/religion/ Zur Funktionsweise der Tariqats siehe z.B. Itzchack Weisman, „The Naqshbandiyya. Orthodoxy and activism in a worldwide Sufi tradition“, 2007

ist. Der Kreml seinerseits ließ andere unnachgiebige separatistischen „Tariqisten“ fallen und setzte auf das Bündnis Kadyrow-Jamadajew, welches versprach, für den Verbleib Tschetscheniens innerhalb des russländischen Staates zu sorgen. Kollektive Bestrafungen und Hinrichtungen wurden unter Achmat Chadschi eingeführt, als die Islamisten noch mit dem Blutvergießen haderten.[12]

Nach seiner Ermordung 2004 stellten die bis dahin an Politik nicht interessierten ehemaligen Verbündeten Gebrüder Jamadajew Machtansprüche; Treue haben sie Kadyrow senior geschworen, aber nicht dem junior. Der junge Ramsan hat weder die religiöse Autorität inne, wie sein Vater, noch hat er einflussreiche männliche Clan-Mitglieder um sich. Verlassen kann er sich nur auf die Leibwache seines Vaters, deren Chef er war, und auf die Hilfe aus Moskau, die er mit bedingungsloser Unterwerfung erkauft[13]. Seitdem beseitigt er, soweit er kann, alles, was seiner Meinung nach seine Vormachtstellung herausfordern kann. Nachdem er bereits zwei der Jamadajew-Brüder ausgeschaltet hat, beschäftigt er sich mit der unzufriedenen Zivilbevölkerung. Weil man den Plan der Präventionsmaßnahmen gegen internationalen Terrorismus auch erfüllen muss, tauchen Ausweise und Reisepässe der nebenbei Erschossenen in Syrien auf, man zwingt deren Familien, Erklärungen zu unterschreiben, die Betroffenen wären Islamisten geworden und nach Syrien gereist.[14]

Alles, was nur geht, wird nach Achmat Chadschi bennant, Schulen, Straßen, Stiftungen und sogar der Grosnaer Fußballclub, der seit 1958 „Terek“ hieß, heißt nun seit Sommer 2017 ebenfalls „Achmat“. Hinter diesem scheinbar selbstlosen Vaterkult (während der gesamten reality show hört man Sprüche wie „Ich bin unbedeutend, mache nur, was mein Vater angefangen hat“ oder Ähnliches), verbirgt sich ein gut durchdachter Ramsan-Kult. Die alten Verbündeten werden langsam zurückgedrängt und mit Familienangehörigen aus dem Örtchen Benoj ersetzt. Eine Politik, vor der es dem Traditionalisten Kadyrow senior vermutlich gegraut hätte.

Im Sommer 2016, sprich kurz vor dieser unsäglichen PR-Show im Fernsehen, flog eine Verschwörung gegen Kadyrow auf; die Verschwörer – meistens junge Männer aus Benoj, aus Kadyrows eigenem Stamm, so nah konnte der Feind bis jetzt niemals kommen. Der Plan flog angeblich zufällig auf: durch einen Cousin von Islam Kadyrow, dem Chef der republikanischen Administration. Wie auch immer, eine äußerst private Telefonnummer Ramsans ist durch diesen Cousin bei seinen argsten Feinden Gebrüder Jamadajew aufgetaucht.

12. Dieser innertschetschenische Krieg zieht sich allerdings weiter in etwas abgewandelten Formen. Innerhalb kurzer Zeit starben in Kyiw in folge gezielter Anschläge zwei Offiziere freiwilliger tschetschenischer Bataillone, die auf der ukrainischen Seite im Osten des Landes kämpften. Diese Bataillone rekrutierten sich z.T. aus exilierten Anhängern „Itschkeriens“. Auch auf der pro-russischen Seite tauchten für eine Weile Kadyrows Soldaten auf. https://www.radiosvoboda.org/a/28740701.html
13. „Von Anfang an hatte das junge Oberhaupt der tschetschenischen Republik dem Präsidenten Russlands erklärt, von jetzt an sehe er in ihm seinen Vater und sei bereit, sein Leben für ihn zu geben. Das war für Putin herzerwärmend, und für diese persönliche Ergebenheit stellte er Kadyrow jun. eine Carte blanche aus“. M. Sygar, „Endspiel“, 2016
14. https://www.novayagazeta.ru/articles/2017/07/31/73282-hozyaeva-zhizney Woanders, nämlich in Dagestan wird Erpressung von Homosexuellen angewendet, um sie „nur“ in das Milieu von kaukasischen Islamisten in Nahen Osten einzuschleusen: http://www.kavkaz-uzel.eu/articles/303475/

Nun, wo dieser Cousin selbst ist, kann man sich denken; mit dem Neffen Islam hat Kadyrow auch ein ernstes Gespräch geführt, nach welchem dieser sich noch ein mal in der Öffentlichkeit mit Gips an beiden Händen blicken ließ, um dann vom Dienst suspendiert zu werden. Ramsan kann es sich nicht leisten, die engeren Verwandten in die ewigen Jagdgründe zu schicken, selbst für solche Vergehen. Die Verschwörung umfasste mehrere Dutzend Leute aus dem Vertrautenkreis, niemand petzte – so viel zum kaukasischen Natur- und Familienkitsch.

*

Die Region ist tatsächlich wieder aufgebaut, die Infrastruktur saniert. Wie Emma Goldman vielleicht gesagt hätte: „Beautiful country minus Kadyrow“. Denn die Bevölkerung flieht nach Kräften und Möglichkeit in alle Richtungen seitdem die aktiven Kampfhandlungen während der zweiten Kampagne eingestellt wurden. In Europa wohnen z.Z. etwa über 100000 TschetschenInnen, ein Teil davon gehört noch zur alten „nationalistischen“ Garde um General Dudajew, formte die sog. „itschkerische“ Exilregierung, hängt vermutlich irgendwo in London rum und verfolgt aufmerksam das Geschehen in der Heimat.[15] Im Bemühen um den Einfluss auf die europäische Diaspora paktierte die Regierung Kadyrow mit einigen bedeutenden Exilanten. Dank ihnen dürfen die Geflohenen zurückkehren oder Verwandte in Tschetschenien besuchen, was für manche zu einem Verhängnis wird. Trotz aller propagandistischen Bemühungen ist es zu einer erwähnenswerten Reimmigration nicht gekommen. Vielmehr fliehen die Menschen seit 2013 vermehrt Richtung EU, weil sie auch in abgelegenen Regionen Russlands nicht sicher sein können.

Manche machen sich auf den Weg auf der Suche nach einem sicheren, stabilen Leben, um endlich mal die Kinder in die Schule schicken zu können. Manche aber fliehen explizit vor religiöser Verfolgung. Seit 2014-2015 fahndete man auf den Straßen und in den Moscheen nach „illoyal“ aussehenden Gläubigen, weil die von der Bevölkerung meistens tolerierten Salafisten dem Präsidenten bekanntlich als „Teufel“ gelten. Der Kampf um den rechten Glauben wird nicht nur auf der großen Bühne geführt, wie bei der skandalösen theologischen Konferenz in Grosny im August 2016, wo die versammelten Gelehrten alle SalafistInnen aus dem rechten sunnitischen Glauben „exkommunizierten“.[16] Der Kampf wird auch auf der Frauenhaut und -haaren geführt, wie es Benjamin Bidder am Beispiel einer jungen Frau aus Grosny erzählt: „Dank Kadyrow müssen russische Soldaten nicht mehr Haus um Haus erobern. Stattdessen führt jetzt Taissa Tag für Tag einen zähen Abwehrkampf. Sie kämpft um jeden Zentimeter Haut. Die Ärmel hat sie gerade so weit über die Ellenbogen gezogen, wie es Kadyrows Sittenwächter zulassen. Mit bloßem Haupt und ohne langen Rock aber darf sie keine Vorlesung mehr an der Hochschule besuchen. Taissa sagt, sie bekenne sich zu Allah. 'Ich liebe meinen Glauben, doch die neuen Sitten haben sehr plötzlich Einzug gehalten'. Sie kennt Fälle, in denen junge Frauen auf der Straße mit Paintball-Gewehren beschossen

15. Hier z.B. unterhält sich der Exilpräsident Achmet Sakajew mit Boris Reitschuster über die Aktivitäten des FSB in Deutschland: https://www.youtube.com/watch?v=MaVZM1C6iOo
16. Antideutsche IslamexpertInnen haben den Skandal verpennt, die saudischen Herrscher waren aber very, very angepisst: http://www.reasonedcomments.org/2016/09/the-first-international-conference.html

wurden, weil sie kein Kopftuch trugen... Taissa wünscht sich, ihre Bestimmung zu finden, 'den Ort, an dem mir niemand sagt, was ich darf und was nicht'. Sie nennt das 'meinen kleinen Traum'“[17].

Seit Anfang September mobilisierte Kadyrow plötzlich lautstark gegen Myanmar, wo die muslimische Minderheit der Rohingya vom „buddhistischen“ Regime brutal unterdrückt wird. In Moskau und in Grosny folgen viele Menschen (wie immer waren es alte gute „administrative Ressourcen“) seinem Aufruf. Er ging sogar soweit, dass er Moskau drohte, die Loyalität aufzukündigen, wenn Moskau weiterhin freundschaftliche Beziehungen mit Myanmar unterhält. Das, was nach ärgster Insubordination gegenüber Moskau aussah, war nur ein Versuch, die äußerst heterogenen muslimischen Communities außerhalb Tschetscheniens hinter sich zu vereinen und für Staatszwecke zu mobilisieren.[18] Selbstverständlich, Rohingya sind für Ramsan heute kein Thema.

Wie dem auch sei, seit Jahren versuchen Menschen aus der Russländischen Föderation Asyl in der EU zu bekommen, 2016 kam jedeR fünfte AsylberwerberIn aus Russland, die absolute Mehrheit davon – aus der Region Kaukasus. Dabei müssen sie Belarus und Poland passieren. Laut der Menschenrechtsorganisation Human Constanta herrschen am Grenzübergang Brest-Terespol erniedrigende, unmenschliche Bedingungen: Hunderte von Menschen versuchen die Grenze zu passieren, werden von Polen zurückgeschickt, der polnische Grenzschutz nimmt so gut wie keine Asylanträge an, die Familien müssen sich im belarussischen Brest einen miserablen Unterschlupf suchen und immer und immer wieder über die Grenze fahren. Fast niemand von ihnen möchte in Polen bleiben, sie wollen weiter. Für Polen wäre es kein Problem, sie durchzulassen, wäre da nicht das Dublin-Abkommen, nach welchem die Asylsuchenden in dem Land bleiben sollen, wo sie den Antrag gestellt hatten.[19] Auch Belarus schickt die Leute gelegentlich nach Russland zurück, wo sie, egal in welcher entlegenen Ecke des Landes, wieder Gefahr laufen, Kadyrows Schergen in die Hände zu geraten.

Schaffen sie es trotzdem, aus Polen (manchmal nach einigen Jahren der Residenzpflicht) weiter nach Deutschland zu reisen, ist auch längst nicht alles in Butter: die Anerkennungsquote für tschetschenische Flüchtlinge in der BRD ist derzeit auf etwa 4,3% herabgesunken. Das hat zum Einen mit der besagten offiziellen „Befriedung“ von Nordkaukasus zu tun, zum Anderen damit, dass deutsche Gerichte sich auf keine einheitliche Beurteilung der Sicherheitslage stützen können, manche winken die Leute durch und manche eben nicht.[20] Die Lust des Souveräns, sich fremdes Menschenmaterial anzueignen, ändert sich bekanntlich

17. Modische Mädels in Hijabs nennt man angeblich hinter vorgehaltener Hand „Chupa-Chups“, soviel zur unterwürfigen und gleichgeschalteten Umma. Siehe dazu Benjamin Bidder: „Generation Putin. Das neue Russland verstehen“, 2017
18. http://intersectionproject.eu/article/politics/kadyrovs-myanmar-offensive-and-its-consequences
19. http://www.aljazeera.com/indepth/features/2016/09/asylum-seekers-stranded-europe-dictatorship-160919191015494.html Der Bericht von Human Constanta hier: http://www.osce.org/odihr/273021
20. Lesenswertes mit viel mehr Zahlen: http://intersectionproject.eu/article/russia-europe/what-happens-when-chechens-seek-asylum-europe

mit der außen- und innenpolitischen Konjunktur – für nichts anderes steht das humanitäre Feigenblättchen des §16a GG, einer „Menschenrechtswaffe“, die Staaten u.U. gegeneinander einsetzen.[21]

Mir sind unterschiedliche Menschen aus Tschetschenien begegnet: einfache und aufgeschlossene Leute, die nur hart arbeiten und ihren Kindern eine Zukunft ermöglichen wollten; Leute, die über Kadyrow herzogen; Leute, die sich über einen erwachsenen Mann ohne Kinder lustig machten; und solche, die über Religion nicht reden wollten. Eine Weile lang bekam ich WhatsApp-Nachrichten auf Russisch von einer deutschen Nummer, in denen für irgendeine ominöse Jamaa-Gruppe geworben wurde. Es kommen eben sehr unterschiedliche Menschen herüber, darunter SalafistInnen, die von Kadyrow gejagt werden, die auch eigene Sitten mitbringen und sich vermutlich im Elend der Flüchtlingslager weiter radikalisieren und außerhalb von Lagern unter sich bleiben. Auf die schnell bekannt gewordenen Massenschlägereien mit Jeziden im Sommer und Herbst 2014[22] bezogen sich die Pegida-Gesichter, als sie vom „Religionskrieg auf deutschem Boden“ sprachen. Andererseits versuchen offensichtlich auch Kadyrows Leute, die Opposition zu terrorisieren, die Diaspora unter Kontrolle zu bringen und eine pro-russische politische Kraft aus ihr zu formen.[23] So sind wohl diese paradoxen Bilder aus Hamburg entstanden, auf denen junge Tschetschenen, die angeblich vor Kadyrow geflohen sind, für Kadyrow demonstriert hatten.[24]

21. Vgl. Alred Krölls, „Das Grundgesetz – ein Grund zum Feiern? Eine Streitschrift gegen den Verfassungspatriotismus“, 2009
22. http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ausschreitungen-zwischen-yeziden-und-muslimen-wir-haben-es-gut-in-celle-13197045.html
23. http://www.deutschlandfunkkultur.de/tschetschenen-in-deutschland-furcht-vor-den-feinden-aus-der.2165.de.html?dram:article_id=332906 oder auch http://www.queer.de/detail.php?article_id=28904
24. Sieht man z.B. hier: https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzoom/zdfzoom-putins-kalter-krieg-100.html

Würzburg zum Beispiel

von Jörg Finkenberger

Es ist vielleicht einmal wieder Zeit, in diesem Heft über ein paar Dinge zu sprechen, die lokale Besonderheiten zu sein scheinen und über die in der Regel nicht gesprochen wird. Es kann sich leicht zeigen, dass diese lokalen Besonderheiten an vielen Orten sehr gleich aussehen. Etwas zu lernen ist bei dergleichen Dingen also allemal. Das ist die eine Sache.
Die andere Sache ist, dass es eine ganze Reihe von Dingen über eine Stadt wie Würzburg zu sagen gibt; über die spezifische Lokalschweinerei, die hier vorherrscht, und die spezifische Pathologie, die sie in ihren Insassen erzeugt. Der gärende Morast, wie wir früher, im "letzten Hype", diese Stadt genannt haben, besteht noch immer, und teilt allem, was sich nicht wehrt, früher oder später seine Eigenschaften mit. All das hat sehr einfache und einsichtige Gründe. Um diese aber darstellen zu können, muss ein für allemal das ganze Ausmass der Verlumpung, das in dieser Stadt seit jeher um sich greift, gezeigt werden. Denn hier wird jede neue Generation auf immer dieselben Zustände treffen und, wenn sie etwas taugt, nach wenigen Jahren wieder das Weite suchen, ohne je die Gründe dafür zu erfahren, warum die Dinge hier sind, wie sie sind; und was sie etwa gelernt haben, nehmen sie mit sich fort und geben es nicht weiter. Die linke, alternative, sogar die bloss kulturell interessierte Szene hat in Würzburg kein Gedächtnis, keine eigenen Einrichtungen, fast nicht einmal eine selbständige Existenz. Und das ist selbst schon einer dieser einfachen und einsichtigen Gründe, von denen wir gesprochen haben. Fangen wir doch einfach damit an.

1. Nehmen wir das "Autonome Kulturzentrum Würzburg", das 2009 schliessen musste. Wie es diesem Laden erging, kann einer Szene, die über selbstverwaltete Räume oder Häuser nachdenkt, nicht egal sein; sie werden dieselben Strukturen, dieselben Gefahren, dieselben Feinde und dieselben falschen Freunde wieder antreffen, wie das AKW in seinen letzten Jahren, und man wird ihnen alles, was sie wissen müssten, sorgfältig verschweigen.
Das AKW entstand in den 1980ern auf selbsttätige Initiative eines relativ breiten Spektrums. 1988 musste es seinen Betrieb einstellen, weil ihm die Räume gekündigt und anschliessend abgerissen wurden. 1991 eröffnete das AKW neu, auf dem Gelände des ehemaligen Bürgerbräu am Ende der Zellerau. Dieses Gelände hatte die Stadt für eine symbolische Mark von Würzburger Hofbräu gekauft, ohne irgendeine Ahnung zu haben, wozu sie es brauchen könnte. Im Effekt hat die Stadt der Hofbräu eine Altlast abgenommen, denn die Hofbräu hatte die konkurrierende Bürgerbräu gekauft, um sie zu schliessen (erst neuerdings bedient sie sich wieder des Markennamens für ein eigenes Bier). Dieser etwas seltsame, für Würzburg nicht untypische Handel endete darin, dass die Stadt dem heimatlosen AKW Teile des Geländes anbot, und die städtische Sparkasse einen gewaltigen Umbaukredit gab, um den kleinen Saal auszubauen. Man hätte wohl auch noch einen grösseren Kredit für die Herrichtung des grossen Saales haben können. Davor ist das AKW immer zurückgeschreckt. Die Entwicklung in Schweinfurt nebenan lief teilweise ähnlich ab, wo die alte Schreinerei aus den 1980ern auch, wenn auch in den 1990ern erst, schliessen musste, weil die Stadt das Gebäude abreissen

und einen geschotterten Parkplatz darauf legen musste. Danach bekam die Schreinerei ebenfalls neue Räume angeboten, nämlich im alten Bahnhofsgebäude Schweinfurt-Stadt, das Haus des heutigen Stattbahnhofs. Die Ausreichung eines grösseren Umbaukredits hat sich in den 1990ern als Mittel der Wahl etabliert, um grössere unruhige Szenen zu befrieden. Der Umbau erfolgt regelmässig durch massives Aufgebot von unbezahlter Arbeit der Szene, gefolgt von den unvermeidlichen Streitigkeiten um die Art der Anerkennung dieser Arbeitsleistung. Wer danach noch dabei ist, ist durch die Immobilie gebunden, wer aussteigt, ist oft mit dem Projekt zerstritten. Die basisdemokratischen Strukturen, wenn sie es durch diese Zeit geschafft haben, zerbrechen oft an der Aufnahme des Geschäftsbetriebs. Trotzdem zeigt sich, dass am Ende ein Laden übrigbleiben kann, der vielleicht nicht so ist, wie wir ihn uns gewünscht hätten, aber auf jeden Fall immer noch von einer Art, den die städtische Jugend- und Kulturverwaltung ganz offensichtlich nicht besonders gerne sieht. Um es vorsichtig auszudrücken. Das neue AKW war in den 1990ern ein relativ unruhiges Ding mit einer grossen Ausstrahlungskraft in die ländliche Gegend. Es bediente die Bedürfnisse von Leuten, die sich damals noch von der übrigen Landschaft ausgeschlossen fühlen mussten. Man bekam dort andere Musik zu hören und bewegte sich in einer Szene mit anderem Lebensstil als in den anderen Läden. Und die radikale Linke hatte in Würzburg keinen anderen Ort; das heisst diejenige Linke, die sich nicht den alten DKP- und den neuen Linkspartei-Strukturen verpflichtet hatte. Die waren damals schon genauso reaktionär wie heute, nur fiel es nicht ganz so sehr auf. Es ist kaum abzuschätzen, was für ein trauriges Nest Würzburg in den 1990ern ohne das AKW geworden wäre; oder, anders gesagt, es ist heute, 8 Jahre nach den Ende, ganz genau einzuschätzen, was für ein trauriges Nest Würzburg heute ist.

2. Das Ende des AKW ist eine ziemlich deprimierende Angelegenheit. 2005 stand es vor einem gewissen wirtschaftlichen Problem. Die Umsätze waren zurückgegangen. Die kopflastige Struktur mit fest bezahlten Kräften stiess an eine Grenze. Es hätte eines kraftvollen Appells ans Publikum bedurft, einer Aktivierung der eigenen gar nicht geringen Basis, Hereinnahme enthusiastischer und selbsttätiger neuer Leute und Gruppen. Gerade in diesem Moment reichte die innere Stärke der Struktur nicht mehr zu einem solchen Experiment hin. Stattdessen kam eine Geschäftsleitung ans Ruder, von der zwei Personen ihre Sporen vor allem im städtischen Jugendzentrum "Café Cairo" erworben hatten. Dies hätte niemals passieren dürfen. Die dort vorherrschenden Vorstellungen von Jugendkultur, die Gewohnheit sicherer Abfederung durch den städtischen Apparat, die völlige Unvertrautheit mit dem besonderen Publikum sind vielleicht Dinge, für die die zwei nichts können; die Halsstarrigkeit, mit der der kurzzeitige 1. Vorsitzende, der heutige SPD-Stadtrat Joachim Schulz, die Krise hinschleppte, und der Eifer, mit dem er die Linie des Ladens zerstörte, sind ihm jedenfalls vorzuwerfen. In dem irren Versuch, eine Art Publikum anzulocken, das in ein Autonomes Kulturzentrum nicht gehen will und nicht hingehört, schaffte er zwei weitere sprunghafte Umsatzrückgänge; Konzerte wie "Knorkator" und Übertragungen der Fussball-WM schreckten das alte Stammpublikum ab, erwarben aber kein neues. In ganzen 18 Monaten hatte er einen Laden, dessen Vermögen vielleicht nicht viel höher als Null stand, auf 67.000 Euro Schulden

gebracht. All die Weile lag ihm nichts ferner, als die Bremse zu ziehen und den katastrophalen Kurs zu verlassen. Im Gegenteil musste er in zwei quälenden jeweils dreistündigen Vereinssitzungen mühsam zum Rücktritt gezwungen werden, während alle Vorhaltungen und sogar der eigene desaströse Finanzbericht an ihm abzuperlen schienen wie nichts. Dass es etwas wie einen Straftatbestand der Insolvenzverschleppung gibt, schien ihn nicht anzufechten. Der Vorstand, der ihm nachfolgte, übernahm eine Belegschaft, die als jobbende Studis rekrutiert waren, eine überdimensionierte Verwaltung, die sich zum Teil vertraglich praktisch unkündbar hat machen lassen (und später in seinen neuen Betrieb übernommen wurde), ein gründlich frustriertes Publikum und Gläubiger, die uns zwar darum baten, keine Insolvenz anzumelden, aber zu keinem Zugeständnis bereit waren. Was die städtische Sparkasse dazu getrieben hat, weiss ich beim besten Willen nicht; die Brauerei betrachtete den Laden als Melkkuh, den man nicht aus der Hand lässt (sie hatte ihren exklusiven Bierliefervertrag im Grundbuch abgesichert). Die Stadt schliesslich hatte ihre eigenen Pläne bereits ohne uns gemacht: man stellte uns städtische Hilfe in Aussicht, wenn wir den Saal abgäben an ein Veranstalterkonsortium unter Beteiligung, wer hätte es gedacht, von Joachim Schulz, und uns auf den Kneipenraum beschränkten, wo wir dann Bar und Vorträge machen könnten, ein grösserer Infoladen mit Auschank. Es spricht sehr für das Selbstgefühl des Ladens, dass dieser Vorschlag, den ich zu überbringen hatte, brüsk zurückgewiesen worden ist. An mich selber ist er herangetragen worden von niemand geringerem als dem Sozialpädagogen des städtischen Jugendzentrums "Café Cairo", dem allseits beliebten Steffen Deeg. Ausgekocht ist dieser Vorschlag mit Sicherheit auf einer der Runden, die sich während der 18 Monate von Schulz' Vorstandschaft monatlich im "Cairo" traf. Diese Runde bestand aus Deeg, Schulz, dem Jugendpfleger der Stadt Würzburg und dem damaligen Leiter des städtischen Kulturamts. Diese Runde, die es vor Schulz nicht gegeben hatte, besprach monatlich nichts anderes, nehme ich an, als die Lage des AKW, welches in dieser Zeit monatlich 3.700 Euro Defizit machte. Buchstäblich unter den Augen der städtischen Jugend- und Kulturpolitik blutete das AKW aus. Es soll allen späteren eine Lehre sein: in eine solche Situation darf man sich niemals bringen lassen.

3. Danach, als man diese illustre Runde losgeworden war und das, was Steffen Deeg "Unterstützung" nannte, ging es langsam wieder aufwärts. Von unseren Nachfolgern wurde die einzig richtige Massnahme ergriffen. Ohne freiwillige unbezahlte Arbeit ist ein solcher Laden in der Krise nicht zu führen, und anders als durch diese selbst und durch seine Basis ebensowenig. 2009 verlautete, das AKW habe die Schuldenlast um 30.000 Euro vermindern können. Es schien durchaus möglich, in abehbarer Zeit den Laden auf vernünftige Füsse zu stellen, mit einer nachgewachsenen und jüngeren Basis, einer reaktivierten Stammkundschaft, und einem neuen Sinn für den eigenen Zweck und neuem Selbstbewusstsein. Bis die Nachforderung der Stadtwerke kam. Diese belief sich auf etwa die erwirtschaftete Summe, und stammte von einem Zähler, den es offenbar seit einigen Jahren gegeben hatte und der niemals abgelesen worden war. Das ist das merkwürdigste an der Geschichte. Ob das bewusst oder aus Dummheit geschehen ist, kann niemand von uns sagen. Jedenfalls fielen auf diesem Zähler, von dem wir nichts wussten, Kosten an, die wir nicht einkalkulieren konnten.

Mit einem Federstrich war der Schuldenstand wieder etwa da, wo wir ihn nach dem Abgang von Joachim Schulz übernommen hatten. Mit diesem Schuldenstand ging das AKW in die Insolvenz. Nach seinem Abgang eröffnete Joachim Schulz mit anderen die Posthallen, wurde mit Glück in einer zufälligen weiteren Insolvenz einige Teilhaber los und macht seither als Veranstalter u.a. von "FreiWild" von sich reden. In Anerkennung für seine herausragenden kulturbetriebswirtschaftlichen Leistungen wurde er von der SPD 2014 auf einem sicheren Listenplatz in den Stadtrat gebracht. Bis zur letzten Kontroverse um die Grauzonen-Bands war er gerne gesehener Veranstalter im "Cairo", wo er die kleineren Bands veranstaltet, die die Agentur-Booker ihm aufdrücken. Und ohne energischen Widerspruch wäre das so bis heute, und, wer weiss, vielleicht bald wieder. Am AKW sind viele zerbrochen, die da durchgegangen sind. Viele sind gezeichnet fürs Leben. Das ist in Läden dieser Art bisher kaum zu vermeiden. Diesem einen aber hat es nicht geschadet. Er ist immer nur nach oben gefallen. Die Sparkasse, deren Geld er verbrannt hat, scheint es nicht zu stören, die SPD ebensowenig, und jedermanns Freund, der sonnige Herr Steffen Deeg, auch nicht. Die hier vorgetragenen Zahlen sind übrigens weiterer Präzisierung fähig, und die wird sicher auf die eine oder andere Weise auch folgen. Ich habe übrigens gar nichts dagegen, auf Unterlassung und Widerruf verklagt zu werden. Im Gegenteil. Ich bin zuversichtlich, dass so etwas den endlichen Sturz des Joachim Schulz und seiner Helfer beschleunigen wird. Und Rechnungen bei uns verjähren nicht.

4. In Würzburg sitzt immer dieselbe Sorte von Leuten obenauf. Meistens sind es nicht genau solche wie der. Aber sie haben vieles gemeinsam. Alle gemeinsam beuten sie das gemütliche Klima der Konfliktfeindschaft aus. Der so leutselige zweite Bürgermeister Adolf Bauer, dessen Namen und Titel ich mal in Youtube einzugeben empfehle, bekleidet dies Amt seit unvordenklichen Zeiten, auf gerade die Leistungen hin, die man auf Youtube sehen kann. Man sollte es nicht glauben, aber der ist hier ein mächtiger und sogar relativ angesehener Mann. Früher hielt sich die würzburger Kommunalpolitik eine Reihe von Narren mit kleinen Splitterparteien, die mit allerhand Denkmalschutz von sich reden machten und während der berühmten Sparprogramme wegen ein paar tausen Euro für ihre Hobbies die Stadt ein Vierteljahr mit Diskussionsstoff versorgte, während im Schatten dieses Narrenstückes 95% des Haushalts ohne Diskussion durchgingen, darunter die Schliessung einer städtischen Schule, die bis heute leer steht (ausser der Fremdnutzung durch die anderen Schulen, deren Schülerzahlen natürlich gestiegen sind). Das ist auch so ziemlich der einzige Leerstand in einer vollbeschäftigten Stadt, wo man für ein WG-Zimmer 400 Euro zahlt und 600 aufwärts für eine Einzimmerwohnung. Eine Stadt, so proper und reich, dass man sich zu Recht fehl am Platze fühlt. Das alles wird unterstützt durch eine Strassenarchitektur mit einer Vorliebe für abweisende gerade leere Plätze. Hier ist Fahrradfahren lebensgefährlich wegen der Autos und Autofahren hochriskant wegen der Fahrradfahrer. Hier sind die Leute unzufrieden, maulfaul und geizig wie die Knochen, als ob sie wüssten, dass sie gar nicht reich sind. Die wenigen, die hier nicht unausstehlich werden, ziehen weg oder verzweifeln. Aus Würzburg sind viele weggezogen, vor 10 Jahren eine ganze Theatergruppe. Man kann in Berlin und Leipzig unter lauter Würzburgern leben, und, so Gott will, bald in Halle. Aber jedes Jahr

kommen neue Leute her. Kontinuität ist kaum zu schaffen. Aber daran hängt alles. Sonst sind die Erfahrungen, die gemacht werden, schon 5 Jahre später wieder vergessen. Was in den 1990ern noch gewusst war, war 2000 vergessen. Und was 2012 gelernt worden ist, das allerwichtigste, kann auch bald vergessen sein. Ohne Selbsttätigkeit, ohne grosse koordinierte Aktion, ohne einen neuen Sammelpunkt, der ins Umland und in die Randbezirke ausstrahlt, wird die jetzige linke Szene sich wieder verlaufen wie alle vor ihr. Und wieder werden die einzigen Anlaufpunkte die sein, die dem AKW in den Rücken gefallen sind, und dem Flüchtlingsprotest von 2012: die Stadt und ihre Agenturen, auch solche, die anscheinend links und alternativ sind. So wie es immer gewesen ist.

Linkspartei, Grünwedel
Neuer Weg, Querfront
Friedensbündnis, Florakreis

Friedensbündnis, das sich nicht mehr so nennt, seit Halb- oder Ganznazis 2014 den Namen "Friedensbewegung" okkupiert haben. Das macht die Sache in der Linken toxisch, ausser bei nicht wenigen, deren Namen ich vielleicht in der nächsten Folge nenne.

Unruhen

VON JÖRG FINKENBERGER

1. "In Deutschland rumort es", liest man im neuen Spiegel (36/2017, S. 30), und dann geh's weiter: "Der Bürger ist labil, in ihm brodelt und rumort es" usw., irgendein Psychologenverein, der auch Marktforschung anbietet, hat die günstige Gelegenheit genutzt, mit wenig Aufwand von sich reden zu machen, indem er eine Analyse verkauft, die jeder Zeitungleser ohne weiteres nachvollziehen kann: "In den Tiefeninterviews (!!! d. Verf.) kam immer nur (!!! d. Verf.): Flüchtlingskrise, Flüchtlingskrise, Flüchtlingskrise. Was im Wahlkampf so galant ausgespart wird" etc.; "Deutschland wird wie ein Vexierbild beschrieben: entweder als marodes, verwahrlostes Land oder als sichere Insel des Wohlstands in einem Meer aus Risiken"; dennoch oder gerade deswegen wird Merkel "klar gewinnen, aber es ist trotzdem eher ein halbherziges Bekenntnis" und was dergleichen mehr ist.
Das sind alles Nullaussagen, dazu hätte man nicht willkürlich ausgewählte 50 Leute monatelang tiefenbefragen müssen, sondern praktisch in jedem Erzeugnis der Qualitätspresse steht genau das selbe; und dazu war es da. Eine unbezahlte Werbeanzeige einer Firma, die Marktforschung betreibt. Der Rest, unverbindliche Sprüche über die schwer einschätzbare Weltlage, und irgendso Psychogeschwätz über Vaterfiguren in der Politik. Alles, was mir ohne weiteres als ein Geschwätz erscheint, das man tausendmal gehört hat, in praktisch allen Zeitungen, aber auch in Einschätzungen von mehr oder weniger linken oder aufgeweckten Zeitgenoss/inn/en, und wo man sich nicht wundern würde, es in der jungle world oder konkret zu lesen: allgemein verständlich, und grundfalsch.

2. Interessieren sich wirklich alle Leute so brennend für diese sogenannte Flüchtlingskrise? Halten das so viele Leute für eine unmittelbare Bedrohung? Oder auch für eine mittelbare, etwa: dass das alles die Nazis stärker macht und das Land destabilisiert? Leute, die so denken, kennt man ja auch. Abgesehen davon, dass das stockdumm ist, woher nimmt man denn die Gewissheit, dass alle Leute sich über nichts anderes noch mehr aufregen als über die paar tausend Syrer im Land? Woher die Gewissheit, anders gefragt, dass nicht auch ganz andere Sachen "rumoren" können?
Ich würde raten: ein grosser Teil der arbeitenden Schichten dieses Landes hält seit einigen Jahren ganz andere Dinge für bedrohlich als die "Flüchtlingskrise", und mit gutem Grund. Worauf beruht denn die ganze paradoxe Situation in diesem Land, das in der Tat auf der einen Seite wie eine fast unwirkliche Insel der Stabilität aussieht, aber paradoxerweise auf der anderen Seite wie ein maroder Schrotthaufen? Auf der Kombination von stetig hereinfliessenden Weltmarkterlösen auf der anderen Seite, und dem Preis, der langfristig dafür gezahlt wird, auf der anderen Seite: Lohnstagnation, Weltmarktabhängigkeit,

systematische Unterinvestition. Der ganze Haufen hält solange zusammen, wie dieser Preis auch wirklich etwas erkauft.
Die fast beispiellose Ruhe an der verteilungspolitischen Klassenfront (eine andere ist im Moment nicht sichtbar) ist dadurch erkauft, dass die arbeitenden Klassen darauf vertrauen konnten, dass die Steuerleute des Staats und der Industrie aussenwirtschaftliche Überschüsse auch zu organisieren im Stande sind. Und genau hier könnte der Wurm sein. Dieser Gesellschaft ist in den letzten Jahren langsam, aber immer deutlicher vorgeführt worden, dass die Überschüsse des Exports auf systematischem Betrug beruhen, und dass das Spiel aufgeflogen ist; dass Politik und Industrie jahrelang wissentlich in eine Sackgasse gesteuert sind, deren Ende das Ende der deutschen Exportüberschüsse sein könnte. Dass also für das Gefühl, man sei systematisch belogen worden und der ganze sogenannte soziale Frieden beruhe auf einer Illusion, eine ganz andere Realität haben könnte als fixe Ideen, wie: die Regierung unterdrücke ausgerechnet Berichte über Ausländerkriminalität.

3. Das heisst aber, es gibt einen potentiellen Unruhefaktor im Land, der nicht identisch ist mit irgendeiner der organisierten "Strömungen", mit denen es der Staat und seine Sicherheitsagenturen zu tun haben, als da wären die "Rechten", die ein Zehntel der Gesellschaft (nicht: der Wähler) fest hinter sich haben, die "Linken", für die das vielleicht auch gilt, und sonstige eher marginale Gruppen, die wir vielleicht einfach zu den "Rechten" zählen sollten. Und zwar ist dieser Unruhefaktor um Grössenordnungen grösser als eine von diesen. Und praktisch niemand hat ihn auf dem Schirm.
Der Staat z.B. nimmt "Hamburg" zum Anlass, die Gesetze zu verschärfen, die Polizeieinsätze zu militarisieren, dem Innenminister kommt beim Besuch einer Stasi-Gedenkstätte anscheinend die Idee, man müsse effizientere Geheimkarteien anlegen; aber auf welchen Gegner sind solche Massnahmen denn zugeschnitten? Nicht einmal, man ahnt es, wirklich auf die Leute, die unter "Hamburg" verstanden werden. Nicht einmal diese wären mit irgendeiner der Massnahmen, die einer Republik möglich sind, auf Dauer ganz von ihrem recht kleinen Tätigkeitsgebiet abzuhalten. Die Idee, sich auf diese kleine Szene zu konzentrieren, sie durch Überwachung und abschreckende Urteile einzuschüchtern und zu gängeln, und damit gesellschaftliche Kontrolle aufrechtzuerhalten, ist einer Stasi-Gedenkstätte in der Tat würdig; sie erinnert sogar an die letzten Jahre Honeckers.
Dass "Hamburg" plötzlich in ganz anderen Begriffen verhandelt wird als die viel bedeutenderen Randale nach Fussballspielen, liegt kaum an "Hamburg". Dafür ist eigentlich zuwenig passiert, was nicht auch bei Fussballspielen passiert. Der Staat legt aber gerade den Massstab höher: es soll jetzt nicht einfach ein Sicherheits- und Polizeiproblem sein, sondern ein gesellschaftliches; aber dieses soll, und das ist das Irre, mit polizeilichen Mitteln angegangen werden. Der Staat und sein Personal stellen sich gesellschaftliche Unruhen als Konflikt fester Strukturen und Akteure vor, deren Kräfteverhältnis bestimmt, wie es ausgeht. Er hält anscheinend auf bizarre Weise die linke Szene für ein handelndes Subjekt, statt für ein Symptom einer gesellschaftlichen Erschütterung; er verwechselt die sich kräuselnde Schaumkrone auf der Welle mit der elementarischen Wucht der Welle selbt. Die Linke, in all ihrer anzunehmenden Dummheit, kennt diesen Unterschied wahrscheinlich besser.

Man weiss das, weil sie praktisch nie Anstalten macht, sich selbst als ein handelndes Subjekt zu betrachten.

4. Es wäre nicht prinzipiell unmöglich, ein gesellschaftliches Problem als Sicherheitsproblem darzustellen und zu lösen, wenn es z.B. gelänge, gleichzeitig die Linke in die Zange zu nehmen und eine Lösung für das gesellschaftliche Problem anzubieten. Dann wäre es möglich, eine Neuformierung der kapitalistischen Gesellschaft zu organisieren und den Kampf gegen die radikalen Linke als deren notwendige Bedingung hinzustellen, und sie der Gesellschaft auch als Ersatz-Hassobjekt anzubieten. Diese Methode, richtig angewandt, funktioniert unfehlbar, aber nur, wenn sich eine solche Lösung abzeichnet und die Linke irgendwie als Hindernis agiert. Und eine solche Konstellation ist schon denkbar.
Nehmen wir den Revolutionsexperten der heutigen deutschen Konterrevolution, Jürgen Elsässer, den Ex-Kommunisten und heutigen Nationalen. Lange ist ihm zur Auto-Situation nichts Gescheites eingefallen; sogar er kann kaum lange durchhalten, das sei Folge eines Handelskrieges der USA gegen Deutschland, denn erstens hat er doch die US-Wahlen jetzt gewonnen, zweitens ist die Sache einfach zu durchsichtig. Jetzt auf einmal dämmert ihm eine Gegenstrategie.

“Oppositionelle Betriebsräte bei Daimler-Benz haben die Initiative ergriffen, dem industriefeindlichen Anti-Diesel-Wahnsinn mit einer Großveranstaltung entgegenzutreten – im schwäbischen Herzland der deutschen Autobauer: Am 10. September sprechen der Arbeitnehmervertreter Oliver Hilburger, COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer und der AfD-Bundestagskandidat Dirk Spaniel in Ludwigsburg (bei Stuttgart) zum Thema „Rettet unsere Arbeitsplätze – Warum Automobilarbeiter und Autofahrer am 24. September nicht die Autokillerparteien von CDU über SPD und Grüne bis hin zu den Linken wählen können“. Beginn 15 Uhr.” (https://juergenelsaesser.wordpress.com/2017/08/20/elsaesser-bei-anti-gez-kundgebung-in-offenburg-mir-sin-badisch-und-symbadisch/)

Oliver Hilburger, Ex-Bassist der Nazi-Band "Noie Werte", der von seinem Arbeitgeber angehalten werden musste, sich öffentlich vom NSU zu distanzieren, ist übrigens zum Betriebsrat gewählt auf der Liste der "Christlichen Gewerkschaft Metall" CGM, einer arbeitgeberabhängigen Pseudo-Gewerkschaft.
https://www.igmetall.de/0016291_CGM-Info_750c8ed5aab7990990118741d5e7e4df6c74aa81.pdf
https://www.mlpd.de/2014/kw17/zentrum-automobil-e-v-eine-neofaschistische-betriebsgruppe-bei-daimler-stuttgart

Industriefeindlicher Autowahnsinn, oder wie die konservative Presse es nennt: Deindustrialisierung Deutschlands,
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkels-ausstieg-aus-dem-automobilbau-kolumne-a-1163263.html
https://www.welt.de/debatte/kommentare/article158787477/Nach-der-Energiewende-bitte-keine-Verkehrswende.html

damit ist die späte Einsicht von Politik
http://www.zeit.de/news/2017-08/14/auto-merkel-ende-des-verbrennungsmotors-richtiger-ansatz-14233802
und Industrie gemeint,
http://www.spiegel.de/auto/aktuell/ex-opel-chef-karl-thomas-neumann-warnt-deutsche-autoindustrie-a-1166726.html
dass Deutschlands Abhängigkeit vom Export von Verbrennungsmotoren eine Sackgasse sind, die Deutschlands Macht auf den Weltmärkten gefährdet. Es ist auf marktwirtschaftlichem Wege alles andere als garantiert, dass die deutsche Industrie die Verluste beim Auto in anderen Sektoren, bei der Elektromobilität oder irgendetwas, was mit dem asiatischen Markt zusammenpasst, wieder gutmachen kann. Es ist aber sehr wohl garantiert, dass anderenfalls hier so ziemlich alles zusammenbricht.
China und die USA, bevorzugte Exportmärkte, sind beim Elektroauto uneinholbar führend. Ein anderes Massengut, das derartige Massen Wertsubstanz (d.h. Macht über anderer Leute Arbeit) ins Land schaufelt, lässt sich nicht schnell denken. Vor allem eins, das gleichzeitig beim weiteren sogenannten "Strukturwandel", dem Wandel der Lebens- und Arbeitsbedingungen unter dem späten Kapitalismus, nicht nur einfach eine Ware, sondern Ermöglichungsbedingung dieser Lebensweise und Taktgeber des öffentlichen Lebens ist; d.h. die Nachfrage nach Autos ist Teil der Ursache, und Teil der Folge der neueren Industrie. Dieses mörderische und unsinnige Gerät ist nur unter dieser Ordnung der Dinge unabdingbar, oder überhaupt verständlich. Das sind bekanntlich alles Eckpunkte einer Kritik des Automobilismus.
Es ist also rational, die deutsche Industrieproduktion zeitig zu konvertieren. Wie kommt man darauf, das sei ein neuer Anschlag des Merkel-Regimes, das, nachdem es die Deutschen mit Chemtrails sterilisiert und durch syrische Einwanderer ersetzt, ihnen obendrauf noch die Industrie wegnimmt, und zwar im Bunde mit den Grünen, den Globalisten, und vermutlich auch der Muslimbruderschaft?
Das ist vollkommen wahnsinnig, aber hat Gründe. Denn die neue Formierung des nationalen Kapitals bedarf dringend einer nationalen Anstrengung und Mobilisierung, der Verschweissung völlig konträrer Gruppen für einen neuen Anlauf, der Zurückstellung von Sonderinteressen zugunsten des grossen Ganzen. Sie bedarf also, mit einem Wort, sowohl der industriepolitischen Strategie, als auch des völkischen Dröhnens; die unausbleiblichen Verluste, auf denen die arbeitenden Klassen sitzenbleiben werden, müssen in Hass gegen den Gegner im Handelskrieg umgesetzt werden.

5. Wie würde so etwas aussehen? Kein Umsteuern kann verhindern, dass die Krise des Automobilsektors in den nächsten 5 Jahren zu Kurzarbeit, Betriebsschliessungen, Lohnsenkungen führen wird. Als Gründe wird immer zu hören sein: Absatzrückgänge, wegen der Dieselgeschichte, wegen des Elektroautos in China, wegen der zurückgehenden Nachfrage in den USA. Alles, wie heute allgemein bekannt, Schuld des Managements und der Industriepolitik; alle diese Kürzungs- und Streichungsmassnahmen rächen den enttäuschten

Glauben der deutschen Arbeiter an die Geschäftsgrundlage ihres postnazistischen Volksgemeinschaftsstaates.
Deren Ideologie im Abwärtszyklus nicht unbedingt zusammenhaltend und produktivitätsfördernd wirken, sondern zu einem bestimmten Teil genau im Gegenteil. Es ist überhaupt nicht schwer, sich massive Gegenwehr vorzustellen. Leute, die gewohnt sind, als den Staat tragende Mitte der Gesellschaft zu gelten, werden mit den kleinlichen Schikanen der Polizei auf ganz andere Weise umgehen als die Politikstudenten, aus denen die Vereine der radikalen Linken überall bestehen.
Wir haben mögliche Szenarien dieser Krise bisher oft unter dem Aspekt der Betriebsbesetzung diskutiert. Diese ist, als direkte massive Konfrontation mit Staat und Eigentümer, an sich eine recht klare Form des Klassenkampfes. Sie setzt innere Demokratie, überregionale Vernetzung und Solidarität sowie eine entwickelte Kritik des Gebrauchswerts ein, d.h. eine Konversion der Produktion. Sie bietet einen Hebel der Radikalisierung und gehört zu den denkbaren, unverzichtbaren Wegen in den Kommunismus, auf den zu verzichten niemand sich leisten kann.
Man sollte sich nun vergegenwärtigen, dass der Chefideologe des Feindes, der erwähnte Spezialist Elsässer, seinen Weg vom antideutschen Linken zum Nationalen begonnen hat mit, unter anderem, dem Versuch, eine sogenannte "Volksinitiative" aufzubauen. Von der Gründungsversammlung wird berichtet:
"„Die moderne deutsche Autoindustrie etwa hat es nicht verdient, durch US-Heuschrecken ruiniert zu werden", so Elsässer ... Er rät den deutschen Arbeitern zu Betriebsbesetzungen zusammen mit den ebenfalls gefährdeten Unternehmern." (http://www.taz.de/!752085/)

Damals betrachtete man die Lage der deutschen Autoindustrie unter dem Aspekt von Schliessung und Streik bei Opel in Bochum, eines defensiven Streiks gegen eine Standortverlagerung. (http://diebuchmacherei.de/produkt/sechs-tage-der-selbstermaechtigung/)

Ausführlicher wird Elsässer in einer Replik auf Berhard Schmid:
„Konkret: Wenn GM bankrott geht, wird Opel auch geschlossen werden – es sei denn, die Arbeiter in Rüsselsheim und Bochum usw. besetzen ihre Werke. Sie werden den Kampf um den Erhalt ihrer Werke hierzulande aber vermutlich nicht gewinnen können, wenn sie gleich aufs sozialistische Ganze gehen und die Überführung der Betriebe "in Arbeiterhand" fordern. Denn: General Motors hat internationale Verträge und internationales Recht auf seiner Seite, wenn es die deutschen Standorte als Konkursmasse behandelt. Sie dort herauszulösen, erfordert einen Rechtsbruch. Das ist natürlich absolut notwendig – aber könnt Ihr Euch das Geschrei aus den USA und von der US-hörigen Presse hierzulande vorstellen, wenn in Rüsselsheim und Bochum "a la Chavez" US-Vermögen beschlagnahmt wird? Das wird ein brutaler Machtkampf, quer durch das ganze Land. Gewonnen werden kann er nur, wenn die Arbeiter eine breite gesellschaftliche Mehrheit für den Erhalt ihrer Werke hinter sich haben, trotz der gegenteiligen Rechtslage. Diese Mehrheit wird nicht mit Maximalforderungen gewonnen werden können. Eher wird das möglich sein, wenn die

Kollegen ganz schlicht die Abspaltung von GM und die Neu-Gründung der Adam Opel AG fordern, also einer Firma nach deutschem Recht mit sowohl privater wie staatlicher Kapitalbeteiligung – und einer "goldenen Aktie" für Gewerkschaft und Betriebsrat. Ist Euch das zuviel Klassenkompromiß? Aber ich gebe zu bedenken: Wir Linken dürfen nicht immer nur Recht haben – wir müssen auch mal Recht bekommen.“
(http://www.trend.infopartisan.net/trd0109/t490109.html)

6. Die Konstellation hat sich vollkommen verändert: es ist für den Moment unmöglich, jemandem einzureden, das deutsche Kapital und seine Volksgemeinschaft habe das alles irgendwem anders zu verdanken als sich selbst. Die historische Geschäftsgrundlage für das Bündnis zwischen Arbeitern und Kapital verschwindet, jedenfalls, man muss es dazu sagen, tendenziell und für den Moment. "Unterstützung" und Vereinnahmung von Arbeiterkämpfen durch nationale Ideologie ist heute weniger zu befürchten als damals.
Die Führung von Politik und Industrie wird ein massives Umstrukturierungsprogramm durchsetzen müssen. Die Belegschaften werden eine nicht für möglich gehaltene Gegenwehr organisieren, getragen von dem allgemeinen Bewusstsein, von der Nation und der Führung verraten worden zu sein. Die Rechte wird versuchen, dieses Bewusstsein zu bedienen; wie gut Propagandabegriffe wie "Lügenpresse" dafür geeignet sind, wird man wohl sehen.
Der äusserst konservative Begriff "Deindustrialisierung" für die Abwicklung des Verbrennungsmotors wird benutzt werden, um den Eindruck zu erwecken, Ökowahn oder Political Correctness und nicht systematischer Betrug und mafiaähnliche Praktiken hätten die deutsche Autoindustrie zugrundegerichtet; also den Hass der Arbeiter gegen die Linke zu kanalisieren. Das wird nur zu einem bestimmten Teil gelingen. Die Kräfteverhältnisse von 2015 helfen vielleicht abschätzen, wie weit. Sorgen machen muss man sich nicht wegen der Arbeiter, sondern wegen der Unfähigkeit der Linken.
Die Linke hätte, gerade wenn die nächste Zeit grössere Repression bringt, Aussicht, in diesen Auseinandersetzungen eine Rolle zu spielen; wenn sie denn ihre geistigen Beschränkungen ablegen könnte. Sie wird, da sie sich selbst nicht als tätige Grösse zu begreifen vermag (warum, haben wir hier schon erörtert), Gefahr laufen, die Zeit zu verpassen.

Impressum
Redaktion
*dasgrossethier@gmx.*de
erscheint nicht mehr

V.i.S.d.P.
Jörg Finkenberger
Ludwigstraße 37
06110 Halle a. d. Saale

so steht es geschrieben
dasgrossethier.wordpress.com

UNTERSTÜTZT DIE KÄMPFE DER FLÜCHTLINGE!

"Stellungnahme zum Schanzenfest in Hamurg:
Was die kleine Unruhe im Schanzenviertel aus Anlaß des G20-Gipfels in Hamburg angeht, ist nur wichtig, zu betonen, dass diese Minirevolte gut war und nicht schlecht. Es war ein Fest. Die Leute haben sich gut vertragen und niemand war in Gefahr. Die Stimmung war sogar euphorisch und man konnte geklauten Champagner trinken.
Alles andere ist eine Lüge."

Ende.